



## **UNSERE ZEIT**

**DIE KRAFT DER GEMEINSCHAFT**

**Wahlprogramm\***  
**Landtagswahlen 22. Oktober 2023**

**In Zusammenarbeit mit**



*\*Übersetzung der italienischsprachigen Originalversion*

# INDEX

<b>DIE KRAFT DER GEMEINSCHAFT</b> Vorwort	3
<b>FÜR EINE GERECHTE, INKLUSIVE UND INNOVATIVE AUTONOMIE</b> Autonomie wählen	5
<b>AUSBILDUNG, DIE ÜBER DEN TELLERRAND HINAUSBLICKT</b> Nur eine mehrsprachige und inklusive Schule kann Barrieren abbauen	6
<b>ARBEIT – FÜR UNS EINE KLARE SACHE</b> Löhne rauf, Arbeitslosigkeit und Prekarität runter	9
<b>WIR BRAUCHEN DRINGEND WOHNUNGEN</b> Für eine Revolution des Wohnungsmarktes: mehr Wohnraum zu niedrigen Preisen	13
<b>SPORT HÄLT GESUND</b> Mehr Sportanlagen bedeuten mehr Gesundheit und Wohlbefinden	15
<b>BESSERE GESUNDHEITSVERSORGUNG, FÜR ALLE</b> Mehr Ressourcen, mehr Personal, drastischer Abbau der Wartelisten	16
<b>DIE UMWELT EINE PRIORITÄT</b> In der Wirtschaft, im Verkehr und bei jeder Tätigkeit	20
<b>JA ZUM TOURISMUS, NEIN ZUM ÜBERTOURISMUS</b> Die Verfügbarkeit der natürlichen Ressourcen respektieren	22

# UNSERE ZEIT

## DIE KRAFT DER GEMEINSCHAFT

### Vorwort

Wir gehen am 22. Oktober in unserem Land zur Wahl und wissen, wie wichtig der Landtag ist, wie viele gesetzgeberische Kompetenzen er hat und welche Rolle er für die Lebensqualität aller und der Einzelnen spielen kann. Wir wählen den Landtag, der zusammen mit dem Landtag des Trentino den Regionalrat bilden wird. Für uns ist es wichtig, mit unserer politischen Gemeinschaft auch auf regionaler, nationaler und europäischer Ebene zusammenzuarbeiten, und wir freuen uns über die guten Beziehungen zu unseren lokalen Abgeordneten Luigi Spagnolli und Sara Ferrari, sowie Pietro Patton. Gerade aufgrund der Besonderheiten Südtirols fühlen wir uns als integraler Bestandteil der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE), wohl wissend, dass wir uns in einigen Monaten auch der Herausforderung der Europawahlen stellen müssen.

Die Parlamentswahlen am 25. September 2022 haben einen historischen Tiefstand der Wahlbeteiligung erreicht, die in Südtirol sogar unter dem nationalen Durchschnitt lag. Das Wahlrecht war eine bedeutende Errungenschaft der Demokratie und es ist besorgniserregend zu sehen, dass Jahr für Jahr so viele Menschen auf dieses Recht verzichten. Wir müssen darüber nachdenken und handeln, um diesen Trend umzukehren, der im offensichtlichen Widerspruch zum Engagement steht, das sich in der Freiwilligenarbeit, im Vereinswesen, vom Sozialen bis zur Kultur, auch in kreativen Formen zeigt. Wir sind der festen Überzeugung, dass jene, die sich für die Gemeinschaft engagieren, auch gehört werden müssen.

In den letzten Jahren hat das Interesse an der Umwelt zugenommen, man denke nur an die "Fridays for Future", aber auch an die wachsende Sensibilität unter den Generationen: Die "Fridays for Future" waren ein großer Erfolg, ebenso wie die dreijährige Mobilisierung des "Frauenmarsches", mit konkreten Forderungen quer durch alle politischen, verbandlichen, parteipolitischen und gewerkschaftlichen Organisationen, was zeigt, wie stark die Gemeinsamkeiten in diesen Fragen sind.

Seit Jahren finden spezielle Antidiskriminierungstage statt, denn es ist klar, dass Frauen und junge Menschen das Bedürfnis haben, sich zu organisieren und sich Gehör zu verschaffen. Wir verpflichten uns, wer auch immer von unserer Liste gewählt wird, die Forderungen derjenigen anzuhören und zu unterstützen, die sich für ein besseres Leben einsetzen. Wir sind seit Jahren stolz auf die Maßnahmen für Pflegebedürftige, ein Land mit vier wichtigen Unterstützungsstufen für bedürftige Menschen und Familien. Nun ist aber eine gründliche Überprüfung überfällig. Angesichts des wachsenden Beitrags von Pflegekräften müssen spezifische Berufs- und Sprachkurse eingerichtet und ein Berufsregister geschaffen werden.

Wir waren auch jahrelang stolz auf die öffentliche Gesundheit in der Provinz und die vorbildlich eingesetzten Mittel, das ist jetzt nicht mehr der Fall.

Auch in unserer Provinz und Region gibt es immer noch viel zu viele Frauenmorde. Frauenhäusern gibt es nur in Südtirol, mit festangestellten oder beauftragten Landesangestellten, aber das reicht natürlich nicht aus. Wir brauchen eine Kultur des gegenseitigen Respekts, die in der Lage sein muss, Gewalt zu verhindern.

Die hohe Zahl der Arbeitsunfälle zeigt, dass wir uns mit der Ausbildung und der Qualität der Arbeit befassen müssen und dass Vollbeschäftigung und verschiedene Stützmaßnahmen des Unternehmertums für Arbeitnehmer und Selbstständige allein nicht ausreichen. Wir müssen auf lokaler Ebene intervenieren und dabei unsere gesetzgeberische Autonomie nutzen.

Seit 2019 gibt es Bürgereinkommen und -pension. Die Tatsache, dass sie in Südtirol praktisch nicht in Anspruch genommen werden, zeigt, dass die Landesleistungen und -subventionen besser sind und die nationalen übersteigen, aber auch hier nehmen die wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu.

Die WOBI-Wohnungen reichen nicht aus, um den tatsächlichen Bedürfnissen der Menschen gerecht zu werden. Sowohl für den Kauf als auch für die Miete, sind die Wohnungspreise für Durchschnittslöhne unerschwinglich. Eine aktuelle Studie der AFI/IPL lässt sich in einem Slogan zusammenfassen, der in der Vorstellung verwendet wurde: "Italienische Löhne, aber Schweizer Preise". Dies ist einer der wichtigsten Gründe, warum sich keine Arbeitskräfte in unserer Provinz niederlassen und die, die es können, abwandern. Diese Schwierigkeit wird auch von den Universitätsstudenten stark wahrgenommen. Noch gravierender ist die Situation für Familien, insbesondere für Großfamilien, aber auch für Einzelpersonen, die aus anderen Ländern geschäftlich kommen.

Man muss immer von objektiven Daten ausgehen, um die Realität der Lebensbedingungen in der eigenen Region zu verstehen, und die Renten sind die Zusammenfassung des gesamten Arbeitslebens. Jedes Jahr im April findet der "Equal Pay Day" und im Oktober der "Equal Pension Day" statt, um zu informieren und Maßnahmen gegen geschlechtsspezifische Diskriminierung zu ergreifen, aber sie sind auch ein deutliches Signal: Das Niveau der Löhne und Renten ist selbst in einer Provinz mit Vollbeschäftigung nicht beruhigend; entweder ist der Gehalt also objektiv niedrig oder es gibt auch hier Umgehung und Hinterziehung, so dass Maßnahmen ergriffen werden müssen.

Hier einige zusammenfassende Daten: Alters- und Hinterbliebenenrenten im privaten Sektor 1726 Euro pro Monat als Durchschnittsbetrag für Männer und 839 Euro pro Monat brutto für Frauen. Der öffentliche Sektor schneidet besser ab mit 2881 Euro pro Monat brutto für Männer und 1975 für Frauen, der Sektor der Selbständigen zahlt 1348 als Durchschnittsbetrag für Männer und 788 für Frauen. Die Durchschnittsgehälter für Arbeiter betragen 21.764 Euro pro Jahr für Männer und 11.407 für Frauen, für Angestellte 37.103 und für Arbeiter 22.155, auf der gehobenen Ebene für 73.334 Männer und 55.342 für Frauen. Ist das akzeptabel? Es ist klar, dass wir selbst in einer Provinz mit dem höchsten Arbeitseinkommen und den daraus resultierenden Renten ein öffentliches System brauchen, das echte Bürgerrechte garantiert, angefangen bei der Gesundheit.

Wenn wir als eine wirtschaftlich starke und wettbewerbsfähige Gesellschaft gelten wollen, müssen wir eine echte Integrationsfähigkeit anstreben. Die derzeitige Regierung hat geglaubt, den Migrantenstrom stoppen zu können, sie hat geglaubt, diejenigen zurückweisen zu können, die auf der Suche nach einem besseren Leben aus ihrem Land fliehen, aber sie beweist das völlige Scheitern dieser Politik, und die Regionen und Gemeinden stehen bei der Bewältigung des Einwanderungsphänomens allein da. Ein lebendiges und inklusives Land, in dem die Sozialpolitik Vorrang hat, ist ein sichereres Gebiet. Wo kulturelle Initiativen Raum finden und wir unser Vereinswesen einbeziehen, steigt die Lebensqualität und die Sicherheit der Einwohner. Es ist gut, Kriminalität zu unterdrücken. Noch besser ist es, sie zu verhindern.

In Südtirol fehlt es völlig an einer Notwendigkeitsprüfung für wirksame Fließdekrete, um die reguläre Einreise zu fördern und den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes gerecht zu werden. Mittlerweile protestieren diesbezüglich sogar lokale Unternehmer gegen gebrochene Versprechen.

Dies sind die Themen, für die sich die PD-Liste mit der wertvollen Präsenz von PSI-Vertretern einsetzt: Arbeit, die Entwicklung einer mehrsprachigen Gesellschaft, die Verteidigung des Wohlfahrtsstaates und der Gesundheitsversorgung für alle, der Schutz und die Pflege der Umwelt, die Wiederbelebung der öffentlichen Ethik, die Aufmerksamkeit für die neuen Generationen und Zukunftsthemen sowie eine europäische Vision einer inklusiven, solidarischen Gesellschaft.

## **FÜR EINE GERECHTE, INKLUSIVE UND INNOVATIVE AUTONOMIE**

### **Autonomie wählen**

Das Autonomiestatut ist als dynamisches Instrument zum Schutz und zur Förderung aller Sprachkulturen und der neuen Bürger zu verstehen und anzuwenden, das integraler Bestandteil der Gegenwart und der Zukunft Südtirols ist, und wenn der Proporz – zum Beispiel im Gesundheits- und Sozialbereich – zu einem Hindernis für die Qualität der Dienstleistungen wird, wollen wir, dass er aufgehoben oder überwunden wird. Die Regeln müssen, wenn nötig, ständig an diesen besonderen Zweck und an die Herausforderungen der Zeit angepasst werden, um eine inklusive und offene Gesellschaft zu fördern, die in der Lage ist, die Bürger:innen zu schützen. Die ASTAT-Studie vom Juli 2022 zeigt, dass es inzwischen Mehrheitsmeinung ist, dass der Proporz neu überdacht werden muss. In diesem Zusammenhang wird die Einsetzung einer Expertenkommission vorgeschlagen, die eine Aktualisierung des Autonomiestatuts vorschlagen soll.

Die Sechser- und Zwölferkommission haben die Aufgabe, als gemeinsame Kommissionen von Land und Staat, sowie Region und Staat, die Umsetzung des Statuts zu prüfen und zu erörtern. Allerdings fehlt eine ausreichende und regelmäßige Überprüfung der Durchführungsbestimmungen: sind sie wirksam, zu wessen Gunsten, stimmen sie konform mit dem Statut und den Veränderungen in der Gesellschaft angemessen?

Wir schlagen vor, dass der Landtag ein Organ zur Bewertung der öffentlichen Politik sowohl für die Landesgesetze, als auch für die Durchführungsbestimmungen einrichtet, das nicht nur dem Landtag über die Tätigkeit der Kommissionen berichtet, sondern auch die Gesellschaft stärker einbezieht.

Unsere Autonomie soll es ermöglichen, mehr und Besseres für die Bürger:innen des Landes tun zu können, vor allem durch die Gewährleistung einer hochwertigen öffentlichen Gesundheitsversorgung, sicherer und stabiler Arbeitsplätze und einer mehrsprachigen, europäischen Ausbildung. Es müssen also Maßnahmen ergriffen werden, die es den Menschen ermöglichen, ein Zuhause, einen sicheren Arbeitsplatz und eine gesunde Umwelt zu haben, in der sie gut leben und sich frei entwickeln können.

Auf institutioneller Ebene wird eine Änderung des Statuts immer dringlicher, um die zahlreichen Wartungsarbeiten durchzuführen, die für das Instrument erforderlich wären, insbesondere im Hinblick auf die Schule, das Verhältnis zur Europäischen Union und zum Staat sowie die Rolle der Region. Einige sehr wichtige Neuerungen können jedoch auch ohne eine Revision des Statuts erreicht werden, die als Verfassungsnorm vier Lesungen im Parlament erfordert.

Landes- und Regionalgesetzgebung würden schon ausreichen, um eine sehr wichtige Reform bezüglich der Landeshauptstadt zu verwirklichen. Eine Aufwertung Bozens würde sich sowohl für die Stadt selbst als auch für das Umland positiv auswirken. Unter Ausnutzung der Kompetenzen von Land und Region schlagen wir vor, der Landeshauptstadt ähnliche Funktionen wie einer „Metropole“ (città metropolitana) zuzuweisen, um eine bessere Koordinierung mit den Nachbargemeinden bei der Raumplanung zu gewährleisten und die Last, die Bozen aufgrund ihrer Rolle als Landeshauptstadt zu bewältigen hat, auch finanziell auszugleichen.

## **AUSBILDUNG, DIE ÜBER DEN TELLERRAND HINAUSBLICKT**

### **Nur eine mehrsprachige und inklusive Schule kann Barrieren abbauen**

Wenn es um das Autonomiestatut geht, wird im Zusammenhang mit dem lokalen Schulsystem immer wieder Artikel 19 genannt. Aber ist dies wirklich ein Hindernis für mögliche Innovationen und Experimente? Vieles wurde getan und kann getan werden, auch wenn das Statut unverändert bleibt.

Schulbildung, allgemeine und berufliche Bildung sind für alle Gesellschaften von zentraler Bedeutung, sie stellen neben der Familie die erste Erfahrung sozialer Eingliederung und sozialen Wachstums zur Gewöhnung an Konfrontation, gegenseitigen Respekt, Vielfalt, im Wesentlichen ein Leben in Gemeinschaft dar. Das System der allgemeinen und beruflichen Bildung ist für die Demokratische Partei von zentraler Bedeutung, um ein solides kulturelles Fundament für Kinder und Jugendliche in einer Zeit großer sozialer Verletzlichkeit zu gewährleisten.

Diese zentrale Bedeutung gilt umso mehr für eine besondere und multikulturelle Realität wie jene Südtirols. Das Zusammenleben und der Aufbau eines gemeinsamen Projekts für die Zukunft gehen über die Umsetzung einer echten Mehrsprachigkeit auf allen Ebenen und für alle Bürger. Die mehrsprachige Schule wird ein wesentlicher Beitrag zur Veränderung und Öffnung unserer Gesellschaft sein. Wir haben aus Erfahrung gelernt, wie sie realisiert wird, und wissen vor allem, dass sie funktioniert. Unternehmer und Familien sind ihre überzeugendsten Befürworter. Das Modell, das wir vorschlagen, soll für alle Jungen und Mädchen dieses Landes eine mögliche Option darstellen, wenn auch nicht die einzige. Die ladinische Schule mit der Aufwertung der drei lokalen Sprachen und des Englischen ist ein Modell, das zeigt, wie das Erlernen von Sprachen und einzelnen Fächern nebeneinander bestehen kann, indem die Sprache als tägliche Erfahrung und nicht als "Lernstoff" gelebt wird.

Die Mehrsprachigkeit ist ein grundlegendes Thema für Südtirol und die italienischsprachige Schule engagiert sich seit Jahrzehnten in diesem Bereich. Es ist unbestreitbar, dass die junge Generation mit den bisher erreichten Ergebnissen nicht zufrieden ist und dass die kritischen Fragen nach besseren Sprachkenntnissen und mehr Möglichkeiten für interethnische Austauschorte von der Politik ernst genommen werden müssen. Der erste Schritt, für den sich unsere Partei einsetzt, ist die Einrichtung mehrsprachiger Sektionen, die als dritter Weg im Vergleich zur derzeitigen Aufteilung in italienische und deutsche Schulen betrachtet wird; dies bedeutet, dass innerhalb der italienischen und/oder deutschen Schule auf Wunsch der Familien und Schüler und/oder auf Vorschlag der Institute Sektionen eingerichtet werden, in denen verschiedene Fächer in der jeweils anderen Sprache und in Englisch unterrichtet werden (wie es bereits im Rahmen des Autonomiestatuts in den ladinischen Schulen geschieht, ein interessantes und beispielgebendes Modell).

Darüber hinaus sind wir dafür, Partnerschafts- und Austauschprojekte für Lehrer und Schüler der verschiedenen Schulstufen zu fördern, denn nur durch das gegenseitige Kennenlernen und die Zusammenarbeit bei der Planung gemeinsamer Kurse ist es möglich, eine Gesellschaft aufzubauen, in der die Sprachgruppen nicht so gespalten sind und mehr Respekt vor der kulturellen Geschichte der anderen haben, sowie sich ihrer Rolle als europäische und Weltbürger bewusst sind. Diese Wege garantieren und erleichtern Lernwege auch für diejenigen, die aus anderen Kulturen und anderen Sprachen kommen.

Aus rechtlicher Sicht verfügt unsere Provinz dank der folgenden Beschlüsse über die Instrumente, um diese Kurse anzubieten: Nr. 5053 aus dem Jahr 1997 (Richtlinien für das Lehren/Lernen der deutschen Sprache 2 in den italienischen Schulen Südtirols) Nr. 3232/2006 (Beginn der dreisprachigen Sektionen an der Manzoni-Schule) Nr. 688/2014 (Unterricht in nichtsprachlichen Fächern auf Sekundarschulebene) Nr. 1319/2015 (Ein Jahr in Sprache 2) Nr. 492/2017 (Innovative Kurse und Aktivierung der deutschen Sektion des internationalen Gymnasiums und der Cambridge-Sektionen). Diese Beschlüsse ermöglichten die Umsetzung

eines vertikalen Weges mit dreisprachigen Klassenzügen, beginnend im Kindergarten (das Pilotprojekt von 1997 garantierte mindestens 5 Stunden Deutsch pro Klasse pro Woche), weiterführend in der Grundschule im Jahr 2006, weiterführend in der Sekundarstufe I im Jahr 2011 und in der Sekundarstufe II mit den internationalen Abteilungen des Pascoli Lyzeums im Jahr 2016. Erreicht wurde dies durch eine Landesregierung mit Vertretern unserer Partei in entscheidender Position.

Die beteiligten Klassen erreichten ein deutlich höheres Kompetenzniveau in Deutsch und Englisch als die Parallelklassen, was durch die Sprachzertifikate belegt wird, die die Schüler in diesen Abteilungen erworben haben. Es ist notwendig, die Kultur der Sprachzertifikate als funktionales Instrument zur Feststellung des Sprachenlernens zu entwickeln.

Die Schüler in diesen Klassen haben auch gute Fachfähigkeiten erworben, aber vor allem sehr gute allgemeine und übergreifende Kompetenzen, wie z.B. Teamfähigkeit, positive Beziehungen aufbauen, lernen zu lernen. Die in all diesen Jahren gesammelten Erfahrungen sollten bekannt sein und könnten ein Modell für die Anwendung in anderen Schulen sein: die Bündelung von Erfahrungen, der Austausch zwischen Lehrern und Führungskräften, die Offenheit gegenüber Schulen anderer Sprache könnte der Weg sein, um eine größere Sensibilität für die Mehrsprachigkeit zu entwickeln, nicht nur mit einem fachspezifischen Ziel, sondern vor allem kulturell. Um jedoch das Erprobte und Erlernete nicht zu vergeuden, ist es zunächst notwendig, die erzielten Ergebnisse zu überwachen, diese Projekte auszuweiten und sie mit den notwendigen personellen und finanziellen Ressourcen sowie mit der Ausbildung der Lehrer zu unterstützen.

In mehreren Gymnasien wurden Cambridge- und Esabac-Sektionen (Französisch) eingerichtet. In diesem Zusammenhang muss über eine Hochschulausbildung nachgedacht werden, in der Sprachen, Sprachunterricht und Fachdisziplin integriert sind, damit die Lehrer auf dreisprachige Kurse vorbereitet sind. Mit Blick auf die Zukunft müssen wir über Abschlüsse in Sprache und Fachdisziplin nachdenken, wie es im deutschsprachigen Raum der Fall ist. Ein kritisches Element ist nach wie vor das Fehlen einer Sprachfakultät in unserer Provinz und die übermäßige Trennung zwischen der italienischen, der deutschen und der ladinischen Abteilung der Pädagogischen Hochschule in Brixen. Es ist notwendig, die Tätigkeit des wissenschaftlichen Fachausschusses (die in der letzten Legislaturperiode unterbrochen wurde) wieder aufzunehmen, um alle Aktivitäten und Ergebnisse der verschiedenen mehrsprachigen Kurse zu überwachen, zu beobachten und zu dokumentieren.

Das im Schuljahr 2016/17 angelaufene Projekt der dreisprachigen internationalen Sektionen kann nicht nur als innovativ, sondern als revolutionär bezeichnet werden, da zum ersten Mal in Italien dreisprachige (nicht nur zweisprachige) Sektionen eingerichtet wurden.

Die Demokratische Partei unterstützt die Absicht der deutschen Schulabteilung, die bereits für 2021 angekündigt hat, den gleichen Weg in ihrer eigenen Schule einzuführen. Das „Pascoli“ hat bereits 2016 die Akkreditierung als Cambridge International School erhalten, womit die englischsprachigen Programme denen der britischen Schule entsprechen und die Schüler Kompetenznachweise in den englischsprachigen Fächern erwerben können, die von der CIE (University of Cambridge International Examinations) ausgestellt und von den renommiertesten Universitäten weltweit anerkannt werden. Die Anerkennung des offiziellen Zertifikats der deutsch-italienischen internationalen Abteilung durch die Bundesrepublik Deutschland wurde 2021 erreicht.

### ***Inklusion in der Schule, ein Grundrecht***

Was Schüler und Studenten mit Behinderungen betrifft, müssen Maßnahmen ergriffen werden, um die Inklusion wirksam zu gestalten, insbesondere in den weiterführenden Schulen, wo es mehr Schwierigkeiten

und Mängel gibt, und zwar im Einklang mit den Grundsätzen der italienischen Verfassung (Art. 2, 3, 34 und 38) und den europäischen Konventionen. Die Landesgesetzgebung scheint in ihren Grundsatzklärungen mit den oben genannten Grundsätzen übereinzustimmen (siehe LG 7/2015).

Andererseits ist in den Vorschriften über die Personalausstattung mit Stützlehrern (Artikel 15a des Landesgesetzes 12/2000) ein rein rechnerischer Parameter vorgesehen (ein Stützlehrer für einhundert Schüler), wobei die Landesregierung die Bedingungen und Grenzen für befristete Einstellungen festlegt, auch in Abweichung von dem vorgenannten Landesparameter, für den Fall, dass Schüler mit besonderen pädagogischen Bedürfnissen während des Jahres unterstützt werden müssen.

Die Landesregierung hat in seinem Beschluss zur Festlegung der Personalstärke für den vorangegangenen Dreijahreszeitraum (Beschluss 251/2020) keine Möglichkeit der Abweichung vorgesehen, was zur Folge hat, dass die Zuweisung von Stützlehrern nicht nach dem tatsächlichen Bedarf der Schüler erfolgt, sondern durch Aufteilung der verfügbaren Stunden auf die Schüler in den verschiedenen Schulen auf der Grundlage der Landeshauptstadt zu einer erheblichen Beeinträchtigung der Förderung führt. Dies hat die unannehmbare Folge, dass die individuellen Bildungspläne die Förderung nicht nach dem tatsächlichen Bedarf der Schüler, sondern nach der Verfügbarkeit von Stützlehrern zum Nachteil der Schüler vorsehen.

Die Anwesenheit von Integrationsassistenten ist keine Lösung für das oben genannte Problem, zum einen, weil sie sich nur dem Schüler und nicht der ganzen Klasse widmen, und zum anderen, weil sie nicht über eine spezifische didaktische Ausbildung verfügen, vielmehr über eine soziale, die in bestimmten Situationen auch notwendig ist, den assistierenden Lehrer aber nicht ersetzen kann.

In den letzten Jahren sind unannehmbare Situationen entstanden, in denen Schüler (in jeder Schule und in jeder Klassenstufe) während des gesamten Schuljahres am Schulbesuch gehindert wurden und damit ihr verfassungsmäßiges Recht auf eine umfassende Bildung verletzt sahen; so sehr, dass es zu einer Reihe von Streitfällen vor dem Verwaltungsgericht gekommen ist, das jedoch nur das Recht für das laufende Schuljahr feststellen und die Situation nicht generell lösen kann.

Neben der Gewährleistung der korrekten Anzahl von Stunden mit Stützunterricht, die auf der Grundlage der tatsächlichen Bedürfnisse des einzelnen Schülers und nicht auf der Grundlage des festen Budgets für Stützlehrer benötigt werden, muss darauf hingewirkt werden, dass auch die Fachlehrer immer wirksamer in den Unterricht der Schüler:innen mit Beeinträchtigung einbezogen werden, auch durch eine spezifische Ausbildung, um eine bessere Integration in das Schulgefüge zu gewährleisten. In der Tat gibt es Möglichkeiten, diese Schüler:innen in gemeinsame Aktivitäten einzubeziehen, ohne dass dies zu Problemen für die Lernbedürfnisse der Klasse führt, die andererseits durch die direkte Auseinandersetzung mit Behinderungen die Möglichkeit haben, ihre persönlichen Erfahrungen zu bereichern und emotional zu wachsen.

Es wird auch notwendig sein, eine stärkere Zusammenarbeit und Synergie zwischen den Bildungs- und den sozialen Einrichtungen, den für die Arbeitsvermittlung zuständigen Landesstellen und auch den privaten Akteuren (Sozialgenossenschaften – Vereine) zu schaffen, um Kinder mit Beeinträchtigung auf dem Weg nach der Schule gewinnbringender zu begleiten, damit sie, wenn möglich, einen Arbeitsplatz oder eine Werkstatt, oder auf jeden Fall die beste Lösung für ihr Leben finden. Bei all dem helfen auch Informationsdienste, an die sich die Familien wenden können, um einen Überblick über die vorhandenen Möglichkeiten zu erhalten.



## **ARBEIT - "GELEGENHEIT" HAT NUR EINE BEDEUTUNG**

### **Höhere Löhne, weniger Arbeitslosigkeit und Prekarität**

Die Arbeit steht im Mittelpunkt unseres politischen Projekts für Südtirol in den kommenden Jahren, so wie wir es bereits für die Bildung gesagt haben. Die Demokratische Partei setzt sich heute für die Förderung der Arbeit, der Beschäftigung und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit – insbesondere der Jugendarbeitslosigkeit und der Arbeitslosigkeit der Schwachen im städtischen Raum – ein. Das Berufsbildungssystem muss kontinuierliche Umschulungs- und Fortbildungsmöglichkeiten garantieren. Um Arbeitsplätze zu schaffen, ist es notwendig, in Schulen und Universitäten, in die technologische Innovation und in die Ausbildung zu investieren, um jeden mit einem "Werkzeugkasten" auszustatten, mit dem er sich dem Arbeitsmarkt und seinen Veränderungen stellen kann. Nur eine Autonomie, die durch präzise Entscheidungen bei der Neugestaltung des Landeshaushalts die mehrsprachigen Schulen und die Ausbildung schützt und fördert, kann Entwicklung garantieren. Innovation ist die Herausforderung der Zukunft: Neugründungen, Gründerzentren, die neue Wirtschaft und die grüne Wirtschaft sind die Richtungen, die wir gestern begonnen haben, heute weiterführen und für morgen umsetzen. Der PD ist stolz auf seine Rolle bei der Schaffung des NOI Techparks.

Südtirol ist ein Gebiet, das aus geographischen, historischen, politischen, wirtschaftlichen und sozialen Gründen eine positive Beschäftigungssituation im Vergleich zum nationalen Kontext aufweist. Die Situation der Vollbeschäftigung verleitet viele zur Annahme, dass es in unserem Land keine Beschäftigungsprobleme gibt. Aber ist dies wirklich der Fall? Unsere Aufgabe ist es, zu verstehen, wie die rund 200.000 Beschäftigten in Südtirol wirklich leben und ob und in welcher Weise ihre Arbeits- und Lebensbedingungen verbessert werden können. Die Autonome Provinz hat zwar keine ausschließliche Zuständigkeit in Arbeitsfragen, aber sie kann sowohl dort eingreifen, wo sie eine primäre und sekundäre Zuständigkeit hat, als auch in Bereichen, in denen sie bisher keine Zuständigkeit ausgeübt hat, obwohl sie sie hat.

Jeder Arbeitsunfall muss als Wunde für die Gesellschaft als Ganzes betrachtet werden. Ein effektiveres Management dieser wichtigen Primärkompetenz ist absolut notwendig. Die physische und psychische Unversehrtheit der Menschen hat Priorität. Zu diesem Zweck muss die Zahl der Arbeitsinspektoren erhöht werden, wobei auch die Möglichkeit besteht, Absolventen der dreijährigen Ausbildung an der Claudiana-Schule dafür einzustellen. Die Rolle der Ausbildung und der Informationsunterstützung für alle Sektoren, insbesondere für Handwerker, Landwirte und das Baugewerbe, Sicherheitsverantwortliche (RLS und RSPP) muss gestärkt werden. Prävention bedeutet für uns neben der Ausbildung auch die Verstärkung der Kontrollen am Arbeitsplatz, denn es ist unerlässlich, eine Kultur der Prävention und Sicherheit zu schaffen.

Nur wenn man die Probleme kennt, kann man die wirksamsten Lösungen finden, vorschlagen und umsetzen. Diese Provinz braucht einschneidende Maßnahmen im Bereich der Arbeit, denn es gibt viele kritische Punkte, die von Arbeitnehmern, Gewerkschaften und Berufsverbänden gemeldet werden. Die ungelösten Knoten für eine Neuausrichtung der Arbeitspolitik in den kommenden Jahren sind insbesondere die folgenden: Lohnniveau, Bekämpfung der prekären Beschäftigung, Sozialhilfe.

Das Lohnniveau in Südtirol ist im Verhältnis zu den Lebenshaltungskosten völlig unangemessen. Das allgemeine Preisniveau in der Provinz Bozen übersteigt den nationalen Durchschnitt um mehr als 20 Prozent, während die Löhne größtenteils zentral durch nationale Tarifverträge festgelegt werden und somit unempfindlich gegenüber den spezifischen lokalen Gegebenheiten und unzureichend im Hinblick auf ein freies und würdiges Leben sind, das jeder verdient. Bei Gehältern von kaum mehr als 1.000 EUR pro Monat sind die Kosten für Miete, Lebensmittel, Dienstleistungen und Unterhaltung nicht mehr tragbar, was zu Unzufriedenheit, Sorge und Wut führt. Zudem stellt die Prekarität ein wachsendes Problem dar, das durch die jüngsten nationalen Gesetze zur Liberalisierung befristeter Arbeitsverträge noch verschärft wird, wodurch

viele Arbeitnehmer dem Risiko ausgesetzt sind, dass ihnen eine Vertragsverlängerung und -stabilisierung verweigert wird, was sich auf ihr existenzielles, familiäres und soziales Leben auswirkt.

Es bedarf einer intensiven Förderung und Beteiligung an dezentralen Tarifverhandlungen auf der Grundlage des österreichischen partizipativen Modells der Arbeitsbeziehungen, das auch in der Provinz Trient eingeführt wurde, damit die Sozialpartner in allen Produktionssektoren dieser Provinz ergänzende territoriale Verträge anwenden können, die an objektive und leicht überprüfbare wirtschaftliche Werte gebundene Formen von Leistungslohn vorsehen: Gewährung von öffentlichen Subventionen, Steuererleichterungen und/oder anderen Formen von Anreizen nur für Unternehmen, Zusatzentlohnung entsprechend Produktionsergebnissen, Formen der stabilen Beschäftigung oder der Stabilisierung, des zusätzlichen Schutzes für Eltern in den ersten Lebensjahren eines Kindes, Förderung von Formen der Unternehmensfürsorge, auch durch die Ausarbeitung eines territorialen Rahmenvertrags in Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern; Einrichtung einer öffentlichen Datenbank für ergänzende Vereinbarungen auf Landesebene und ergänzende Unternehmensverträge; Aufnahme von besser strukturierten Sozialklauseln in die Landesgesetzgebung für Ausschreibungen, die die Rechte des Personals, das bei Ausschreibungen und Unteraufträgen beschäftigt ist, besser garantieren; Suche nach praktischen Lösungen für den Zugang zu Krediten, auch zugunsten von Arbeitnehmern, die seit Jahren in der Provinz Bozen ansässig sind und keine unbefristeten Arbeitsverträge haben.

### ***Hochqualifizierte Ausbildung zum "Arbeitnehmer 4.0"***

Die Berufsausbildung in Südtirol ist für die neuen Herausforderungen in der Wirtschafts- und Arbeitswelt unzureichend. Die vierte industrielle Revolution hat begonnen, die Digitalisierung der Unternehmen und die Einführung neuer Technologien in der Arbeitswelt betreffen auch und vor allem unser Land (Industrie 4.0). Im Jahr 2014 wurde ein Entwicklungsplan mit dem Titel "Digitales Südtirol 2020" vorgestellt, ohne jedoch den Auswirkungen dieser neuen industriellen Entwicklung auf die Arbeitswelt und die Rechte der dort Beschäftigten die gebotene Aufmerksamkeit zu widmen.

Die Arbeitsaufsichtsbehörde spielt eine wichtige Rolle bei der Bekämpfung von Missbräuchen und Unregelmäßigkeiten am Arbeitsplatz. Auch in unserer Provinz wuchern Formen der Illegalität zum Nachteil der Arbeitnehmer (Mitglieder falscher Genossenschaften, irreguläre Arbeitnehmer, Arbeitnehmer, die unter unsicheren Bedingungen arbeiten müssen, Vertragsarbeiter usw.). Aus diesem Grund ist eine umfassende Umstrukturierung der zuständigen Landesstellen durch eine Aufstockung des Personals, eine hochqualifizierte Ausbildung der Inspektoren und die Erweiterung ihrer Kompetenzen und Einsatzbereiche erforderlich. Wir wollen den Arbeitnehmern, die gezwungen sind, Ausbeutung und Demütigung am Arbeitsplatz zu erleiden oder unter Bedingungen zu arbeiten, die ihre körperliche Unversehrtheit ernsthaft gefährden, durch ein kapillares und hochpräzises System zur Bekämpfung der Illegalität neue Würde verleihen.

Eine sorgfältige aktive Beschäftigungspolitik und Formen des zusätzlichen Schutzes bei unfreiwilliger Arbeitslosigkeit sind unerlässlich. Die bestehenden haben sich häufig als unzureichend erwiesen. Durch eine gezielte Zusammenarbeit mit Unternehmen und Berufsverbänden müssen die Systeme zur Abstimmung von Arbeitsangebot und -nachfrage neu belebt werden, insbesondere für die Beschäftigung von Menschen mit Beeinträchtigung, Arbeitslosen und jungen Menschen. Mit dem Ziel, einen hervorragenden Beratungsdienst für Beschäftigung, Arbeitsmarkt, Stellenangebote und Chancengleichheit zu schaffen, dürfen die Arbeitnehmer:innen nicht im Stich gelassen oder nur passiv oder bürokratisch begleitet werden, sondern müssen im Mittelpunkt einer breit angelegten Strategie stehen, die darauf abzielt, vorübergehend Arbeitslose neu zu orientieren und einen gleichwertigen oder besseren Arbeitsplatz zu finden als den, den sie gerade hatten. Unter Wahrung der Freiheit der privaten wirtschaftlichen Initiative, der nationalen Gesetzgebung und

der Tarifverhandlungen muss die Zwangsverpflichtung zur Sonn- und Feiertagsarbeit eingeschränkt werden. Es müssen Lösungen gefunden werden, die die Bedürfnisse der Unternehmen mit denen der Arbeitnehmer in Einklang bringen, jedoch mit einer klaren Vision der Gesellschaft, die wir unseren Kindern hinterlassen möchten: eine Gesellschaft, die nicht den Regeln des Konsums unterworfen ist, in der das Leben eines jeden Menschen wertvoll ist, in der die Familien bei der Entwicklung ihrer Kinder unterstützt und gefördert werden und in der Jungen und Mädchen Zeit und Erfahrungen mit Eltern und Freundeskreisen teilen können.

Die Qualität der Arbeit, der öffentlichen und privaten, der abhängigen und der selbständigen, muss verbessert werden. Die Maßnahmen müssen von Zeit zu Zeit mit den Gewerkschaften und Berufsverbänden diskutiert werden. Es muss nach neuen Strategien und Maßnahmen gesucht werden, um menschenwürdige, qualifizierte, gut bezahlte, stabile und lohnende Arbeit für alle zu gewährleisten. Wir erkennen die Bedeutung des wirtschaftlichen und produktiven Wachstums an, solange es mit den Grundrechten aller vereinbar ist: Wir wollen das Wachstum unserer Unternehmen durch die Aufwertung eines jeden fördern. Nur durch eine aktive Beteiligung an der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Organisation kann sich unser schönes Land voll entfalten. Dreiundneunzig Prozent der Südtiroler Unternehmen haben weniger als zehn Beschäftigte. Viele von ihnen sind Familienbetriebe und gehören dem Handels- und Dienstleistungssektor an. Gerade diese sind es wert, unterstützt zu werden. Unternehmen für die Nahversorgung und Genossenschaften sollten sowohl bei öffentlichen Aufträgen als auch bei der Bereitstellung von Mitteln bevorzugt werden und mit der Kreditwelt zusammenarbeiten, der Zugang zu Krediten für Innovationen, Investitionen und die Weiterbildung der Mitarbeiter ist zu erleichtern. Generell sollte der Zugang zu Krediten erleichtert werden, der sich gerade für junge Menschen und neue Bürger:innen oft schwierig gestaltet, da sie noch nicht die Gelegenheit hatten, sich die oft verlangten Sicherheiten zu erarbeiten.

***Kinderkrippen und Dienstleistungen – Es nützt nichts, sich darüber zu beschweren, dass keine Arbeitskräfte gefunden werden können, wir suchen weibliche Arbeitskräfte...***

Der Ansatz für eine positive Geburtenpolitik muss strukturell sein und zwischen den Realitäten in den Tälern und den Talsohlen unterscheiden. Weltweit werden 75 Prozent der Betreuungsarbeit immer noch von Frauen geleistet. Im Jahr 2019 hätte die gesamte von Frauen erbrachte unbezahlte Betreuungsarbeit weltweit einen Reichtum von 11 Billionen US-Dollar hervorgebracht (Daten von OXFAM), eine Zahl, die der Summe der Umsätze der 50 größten Unternehmen der Welt, einschließlich Amazon und Apple, entspricht. Darüber hinaus zwingt der Mangel an wirtschaftlicher Autonomie noch immer zu viele Frauen in die Unterordnung innerhalb der Ehe und fördert männliches Besitzdenken: Es ist müßig, Beispiele zu nennen, es muss gehandelt werden. Die Maßnahmen zur Kinderbetreuung im Recovery Fund wurden als frauenfreundlich und nicht als kinder- oder familienfreundlich dargestellt, und in den bisherigen Wirtschaftsmodellen wurde die Betreuungstätigkeit nicht berücksichtigt. Nach Angaben der Internationalen Arbeitsorganisation gab es im Jahr 2022 nicht ein Land auf der Welt, in dem Männer so viel Zeit wie Frauen mit der unentgeltlichen Pflege verbrachten. Das BIP misst die Welt durch eine bestimmte Brille, und die Pflege gehört nicht dazu. Nach der Wirtschaftstheorie hat Pflege nicht verkauft, sondern verschenkt zu werden und erzeugt daher kein BIP. Wenn wir eine wirkliche Chancengleichheit zwischen Frauen und Männern erreichen und aufhören wollen, Tage für gleichen Lohn und Renten zu organisieren, wenn wir den Landesplan für die Gleichstellung von Frauen und Männern umsetzen wollen, müssen wir in Pflegedienste investieren. Heute sind sie unzureichend und zwingen mehr als 1.000 Frauen pro Jahr dazu, "freiwillig auszusteigen", mit der Folge, dass sie Schwierigkeiten bei der beruflichen Entwicklung, beim Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt und folglich niedrigere Renten und Gehälter haben.

Deshalb werden wir uns in der Landesregierung für den Ausbau von Kinderkrippen und Ganztagsbetreuungseinrichtungen einsetzen, weil sie die Ungleichheiten unter den Kindern verringern und Bildungsarmut bekämpfen, weil sie ein unersetzliches Instrument für die Vereinbarkeit von Beruf und

Familie sind und weil in Ermangelung dieser Dienste zu viele Frauen gezwungen sind, sich gegen einen außerhäuslichen Beruf zu entscheiden. Männern sollten mehr Anreize geboten werden, gleichberechtigte familiäre Pflichten zu übernehmen. Um die personelle Besetzung der Kindertagesstätten und der Dienstleistungen im Allgemeinen zu gewährleisten, muss auch die Frage des Wohnraums strukturell angegangen werden, um die Abwanderung unserer Jugendlichen durch andere Jugendliche, die unser Gebiet attraktiv finden, mit langfristigen Projekten zu kompensieren. Es muss auch ein Bildungsplan erstellt werden, der bei der Geburt beginnt und bis zum Ende der Schullaufbahn reicht. Ein Ziel muss es sein, diese Dienstleistungen kostenlos für alle anzubieten, um die Chancengleichheit bei der Verwirklichung eines eigenen Projekts zu gewährleisten. Ganz nebenbei ist die Arbeit in diesen Diensten eine hochwertige und lohnende Tätigkeit, die nicht nur die Lebensqualität für alle verbessert, sondern auch einen wichtigen Beschäftigungsmotor darstellt.

## **WIR BRAUCHEN DRINGEND WOHNUNGEN**

### **Für eine Revolution des Wohnungsmarktes: mehr Wohnraum zu niedrigen Preisen**

Wenn Schule und Arbeit die wichtigsten Faktoren für die Planung der Wohnsituation in unserer Provinz sind, dann ist es das Problem der Probleme, das alles andere beeinflusst. Die Kosten für Wohnraum, ob Eigentum oder Miete, werden immer mehr zu einem der zentralen Knacknüsse für unsere Familien. Es bedarf einer entschiedenen und radikalen Änderung der politischen Strategie, um die Menschen nicht allein zu lassen.

Sie kann nicht dem einfachen Spiel zwischen "Nachfrage" und "Angebot" überlassen werden. Für uns ist das Thema von entscheidender Bedeutung, und aus diesem Grund wollen wir eine umfassende Einbeziehung der Sozialpartner, der Dienstleister, der aktiven Bürgerschaft und der Einwohner. Wohnen ist ein Teil der Sozialpolitik und gehört zum Grundrecht der Bürgerschaft. Es besteht ein Recht darauf, in einer angemessenen Wohnung und an einem angemessenen und sicheren Ort zu leben. Die zentrale Bedeutung des öffentlichen Interesses in der Wohnungspolitik muss bekräftigt werden, mit dem Ziel, jene soziale Gerechtigkeit zu praktizieren, die es bisher nicht gibt und die auch den privaten Sektor beeinflusst. Energieeffiziente Gebäude mit hohem Wohnkomfort müssen selbstredend für alle erschwinglich sein.

Wir behaupten: Wohnen ist ein Recht. Die Verfügbarkeit von Grundstücken, die Nutzung der vorhandenen Kubatur und die Möglichkeit der Vergrößerung der Kubatur sind in einer landesweiten Perspektive zu planen. Es muss ein Tisch mit allen interessierten Parteien eingerichtet werden, um neue Gebiete zu identifizieren und einen Plan für die Sanierung und Wiederverwendung stillgelegter Gebäude zu erstellen. Wir müssen die öffentliche Hand und die Privatwirtschaft für einen großen Wohnungsbauplan zusammenbringen, der mindestens 3.000 Wohnungen für junge Menschen und Familien zu einem subventionierten Preis bereitstellen kann. Der Mietzuschussfonds muss neu aufgelegt und ein Fonds für die Bekämpfung von unverschuldeten Zahlungsschwierigkeiten eingerichtet werden, damit innovative Maßnahmen zum Schutz von Mietern und Vermietern ergriffen werden können, die nicht, wie in der derzeitigen Situation, zu einem ständigen Anstieg der Preise führen. Das derzeitige System der jährlichen Mietzuschüsse muss eingehend geprüft werden. Es handelt dabei sich um Ausgaben in Höhe von etwa 40 Millionen Euro, die jedoch gerecht verteilt werden müssen. Das Zentrum für Wohnungswesen „Centro Casa – Mieterschutz“ schlägt vor, den Beitrag zu überprüfen und ihn auf diejenigen zuzuschneiden, die die Hilfe tatsächlich benötigen, und deren Erfahrungen zu berücksichtigen.

Die Möglichkeit, Wohnungen in Genossenschaften mit ungeteiltem Eigentum und wirtschaftlichen Anreizen zu bauen, die nicht indirekt zu unkontrollierten Preissteigerungen führen, sollte unterstützt werden. Es ist dabei wichtig, auch die Lebensqualität zu fördern: Dienstleistungen und Geselligkeit, Aufmerksamkeit für das Leben von Menschen jeden Alters und von Behinderungen. Jedes Alter hat andere Bedürfnisse. Jene von Familien mit kleinen Kindern unterscheiden sich von denen älterer Menschen, und gleichzeitig verbessert das Zusammentreffen der Generationen in Gärten, Eigentumswohnungen oder öffentlichen Räumen in Nachbarschaften die Lebensqualität der gesamten Gemeinschaft. Wir leben immer länger, aber nicht immer gesund bis zum letzten Tag; deshalb müssen auch altersbedingte Abhängigkeiten thematisiert werden. Es geht nicht nur um die Automatisierung des Hauses, sondern auch um die Möglichkeit, ein Leben mit Beziehungen zu führen.

In den letzten Jahren scheint man vergessen zu haben, dass man den arbeitenden Menschen ein Haus zu einem angemessenen Preis zur Verfügung stellen muss. So ist der Wohnungsmarkt verrückt geworden, vor allem in Bozen, das im Durchschnitt die höchsten Mieten in Italien und den zweithöchsten Quadratmeterpreis nach Mailand hat. So stirbt eine Stadt auf die Dauer. Dieses Problem begann in Bozen und wirft nun seine Schatten auch auf andere Gemeinden. Aber wenn Meran die große Chance hat, die Rossi-Kaserne umzuwandeln und Bruneck die Enrico-Federico-Kaserne, kann Bozen nicht auf die biblischen

Zeiten des Bahnhofareals warten. Heute leben 102.000 Menschen auf 7,8 km<sup>2</sup> und weniger als 4.000 auf 12,1 km<sup>2</sup> landwirtschaftlicher Grünfläche. Es würde genügen, 0,2 km<sup>2</sup> landwirtschaftliche Grünfläche umzuwandeln, um unseren Jugendlichen, auswärtigen Arbeitern und Studenten ein Zuhause zu geben, um nur einige Beispiele zu nennen. Die Grundpreise sind zu hoch, weshalb wohl auch marginal landwirtschaftliche Flächen geopfert werden müssen. Außerdem ist für unfertige oder leerstehende Gebäude, die auf eine Wiederverwendung warten, eine Bestimmung zu finden, und zu prüfen, wo es noch möglich ist, in auf dem Bestand in die Höhe zu bauen.

Heutzutage gibt es eine Vielzahl von Familien: Ein-Personen-Familien, Ehepaare ohne Kinder, neue Familien mit Kindern aus verschiedenen Beziehungen, Ein-Eltern-Familien, faktische Lebensgemeinschaften und zivile Partnerschaften zwischen Personen des gleichen Geschlechts, Mehrgenerationen-Familien und Wohngemeinschaften, die aus Personen bestehen, die nicht miteinander verwandt sind. Interkulturelle Familien, in denen nur ein Mitglied des Paares die italienische Staatsbürgerschaft besitzt, haben in den letzten Jahren, auch aufgrund der Migration, stark zugenommen.

Wenn man über die verschiedenen Familientypen nachdenkt, darf man nicht vergessen, dass die Fragen oder Probleme, die Familien in der Stadt betreffen, andere sind als die in den Tälern oder Vorstädten. Im Falle einer Trennung sollte derjenige, der mit den Kindern in der Wohnung bleibt, die Möglichkeit haben, dass die Miete entsprechend seinem Einkommen angepasst wird, wie dies bei normalen WOBI-Wohnungen der Fall ist. Durch den Beschluss des Landtags vom 31. Januar 2005 Nr. 208 wurden die Kriterien für die Zuweisung von Wohnungen an Personen, die besonderen sozialen Kategorien angehören, und an ältere Menschen genehmigt. In Artikel 1 heißt es, dass Personen zu besonderen sozialen Gruppen gehören, "die sich aufgrund besonderer familiärer, psychologischer, sozialer und gesundheitlicher Umstände in einer sozialen Notlage befinden und nicht in der Lage sind, auf dem freien Markt eine Wohnung zu mieten oder zu kaufen" (Buchstabe d). Wir schlagen vor, in die oben genannten Kategorien auch Personen einzubeziehen, die nach einer Trennung oder Scheidung gezwungen sind, die eheliche Wohnung zu verlassen, Unterhaltszahlungen für die Kinder zu leisten, manchmal auch an den Ex-Ehepartner, und eine angemessene Mietwohnung zu finden, in der sie während der durch die Trennung oder Scheidung festgelegten Zeit angemessenen Kontakt mit ihren Kindern halten können. Wir haben immer die Auffassung vertreten, dass Kinder von Eltern, die sich getrennt haben oder geschieden sind oder nicht mehr zusammenleben, das Recht auf eine angemessene Unterkunft bei dem Elternteil haben, der aufgrund des Trennungs- oder Scheidungsurteils die eheliche Wohnung verlassen musste und sich keine Wohnung leisten kann.

Seit 2021 verlangt das WOBI die EEEVE, und damit tut sich ein weiteres Problem auf. Familien mit behinderten oder älteren Menschen, die eine geeignete Wohnung benötigen, finden sich mit hohen Bankguthaben wieder, die mühsam "das Leben danach" angespart wurden. Diese Situation führt dazu, dass sie auf einer Rangliste mit diesen Kriterien kaum Chancen auf eine Wohnung haben. Aus diesen Gründen sollte die Regelung gestrichen werden.

Wie wir schon seit langem gefordert, sollte auch bei uns ein ständiger Tisch mit allen Beteiligten des Sektors zum Thema Wohnungsnot und Umgang mit Zwangsräumungen eingerichtet werden, den es bereits in vielen italienischen Städten gibt.

## **SPORT HÄLT GESUND**

### **Mehr Sportanlagen bedeuten mehr Gesundheit und Wohlbefinden**

Südtirol ist eines der Gebiete in Europa, in denen Sport am weitesten verbreitet ist und praktiziert wird. Ein wesentlicher Bestandteil dieses Erfolgs sind die Sportvereine, die neben ihrer Rolle als Träger des Sports auch eine lobenswerte und anerkannte soziale Funktion ausüben und zu den Einrichtungen gehören, die aufgrund ihres Wesens die Integration fördern.

Die Sportwelt leidet jedoch gerade in der heutigen Zeit unter einem chronischen Mangel an Einrichtungen, die den heutigen Anforderungen entsprechen. Es ist notwendig, einen Plan für das gesamte Land, insbesondere in Bozen und Meran, zu unterstützen, um sich mit möglichst multidisziplinären Einrichtungen auszustatten. Man denke nur an das Velodrom, auf das wir seit Jahren warten. Investitionen in die Infrastruktur sind notwendig, um den Leistungssport zu unterstützen, den Druck auf die schulischen Einrichtungen zu verringern und die grundlegende und gesunde Amateurtätigkeit zu fördern.

Außerdem muss mehr als bisher in die Ausbildung von kompetentem und professionellem Fachpersonal in den Sportvereinen und -verbänden investiert werden, das in der Lage ist, die erforderliche Unterstützung und Begleitung des Sportbetriebs und der Aktiven zu gewährleisten. Um die Tiefenwirkung zu sichern soll das in ABIPrache mit dem CONI und den Sportverbänden geschehen.

## **BESSERE GESUNDHEITSVERSORGUNG, FÜR ALLE**

### **Mehr Ressourcen, mehr Personal, drastischer Abbau der Wartelisten**

Die Entfaltung des öffentlichen Gesundheitswesens zu gewährleisten bedeutet, den Patienten und ihren Familien die bestmögliche Versorgung jenseits sozialer und wirtschaftlicher Ungleichheiten zu garantieren. Es ist notwendig, Synergien mit gesellschaftlichen Kräften, Verbänden und Organisationen zu entwickeln, die dieses Ziel teilen. In Südtirol schützt uns der öffentliche Gesundheitsdienst seit vielen Jahren und gewährleistet ein hohes Leistungsniveau und eine hohe Lebenserwartung bei guter Gesundheit für alle. Wir verfügen über modernste Krankenhäuser und Technik, über ausgebildetes und motiviertes medizinisches und pflegerisches Personal und über eine um 20 Prozent höhere Grundfinanzierung als der nationale Durchschnitt. In den letzten Jahren hat der Sanitätsbetrieb jedoch zunehmend auf Verträge mit Investmentgesellschaften zurückgegriffen, die Kliniken und Einrichtungen erworben haben, bei denen die notwendigen Leistungskontrollen verstärkt werden müssen, und es kommt immer häufiger zu Beschwerden von Patienten und Familien.

Im restlichen Italien ist der Grund für den Vorstoß in die private Gesundheitsversorgung die Unterfinanzierung des öffentlichen Gesundheitssystems. Unter der Regierung Meloni wird der Anteil der Gesundheitsausgaben am BIP von 7,2 % im Jahr 2021 auf 6,2 % im Jahr 2024 sinken, während der europäische Durchschnitt bei 10 % liegt. In unserer Provinz greift man hauptsächlich wegen der Bürokratisierung des öffentlichen Dienstes immer wieder auf externe Konventionen. Dies begünstigt objektiv die Interessen privater Investoren und nicht die der Patienten und Familien. Unser Sanitätsbetrieb garantiert dringende Behandlungen innerhalb von 24 Stunden und vorrangige Untersuchungen innerhalb weniger Tage. Bei einigen wichtigen Untersuchungen muss jedoch etwas gegen die Wartezeiten unternommen werden, die in allen Bezirken die in den nationalen Vorschriften festgelegten Grenzen überschreiten. Insbesondere muss der Sanitätsbetrieb bestimmte wichtige Leistungen wie Mammographien, CT- und MRT-Untersuchungen, orthopädische und dermatologische Untersuchungen sowie Rehabilitations- und physiotherapeutische Behandlungen innerhalb der festgelegten Fristen gewährleisten. Darüber hinaus liegt es im Interesse aller, dass die Kampagnen zur Früherkennung von Krebs und anderer schwerer Krankheiten durch den öffentlichen Dienst ausgeweitet und verstärkt werden, da er der einzige Garant für die Wirksamkeit der Prävention schwerer Krankheiten ist. Die Sorge um die eigene Gesundheit kann Patienten und Familien dazu verleiten, Untersuchungen gegen Bezahlung vorzumerken, um sie schnell zu erhalten, manchmal ohne Gewissheit über die Qualität der erhaltenen Leistungen.

Es besteht ein Mangel an Krankenschwestern und -pflegern und Technikern in den Krankenhäusern, an Fachärzten in bestimmten Bereichen und an Allgemeinmedizinern in den Tälern und am Land. Das Problem der Ungleichbehandlung zwischen in Österreich ausgebildeten (angeworbenen) und in Italien ausgebildeten Stipendiaten muss gelöst werden. Es ist notwendig, neue Strategien zur Anwerbung, Bindung und Förderung des gesamten Fach- und Pflegepersonals umzusetzen. Wir brauchen immer mehr klinisch ausgebildete Sozialassistenten (OSS) und Krankenpfleger (OSA), die innovative Lösungen anbieten, indem sie die Schulbildung bis zur Matura und darüber hinaus integrieren. Die Auswahlverfahren für Ärzte und Krankenschwestern müssen auf allen Ebenen in der gesetzlich vorgeschriebenen Zeit und Art und Weise durchgeführt werden, wobei die Transparenz und Korrektheit der Kriterien gewährleistet sein muss. Das Krankenhaus Bozen verfügt über 14 technologisch fortschrittliche Operationssäle, die aufgrund mangelnder Personalressourcen (z.B. Techniker) nur teilweise genutzt werden. Die Sanitätsbetrieb muss diese unverzüglich in Betrieb nehmen und dabei auch vorübergehende und außergewöhnliche Lösungen finden.

Es ist vorrangig, auf allen Ebenen das Klima der interprofessionellen Zusammenarbeit zwischen Ärzten, Krankenschwestern und -pflegern sowie Technikern, Gesundheitspersonal und Verwaltungspersonal zu stärken. Die klinischen Abläufe der Patienten müssen unter ärztlicher Verantwortung verwaltet werden, ohne



unnötige bürokratische Verfahren, die die Behandlungs- und Pflegeabläufe erschweren, Patienten gefährden und die Arbeitsbedingungen in den Krankenhäusern verschlechtern. Die Managementstruktur muss erneuert werden, indem die vorhandenen Ressourcen optimal genutzt, die Führungskräfte auf der Grundlage transparenter und wirksamer Bewertungskriterien ausgewählt und die Mitarbeiter, die sich für die Verbesserung des öffentlichen Gesundheitsdienstes einsetzen, aufgewertet werden.

Es besteht dringender Bedarf an einem verbindlichen IT-Entwicklungsplan mit überprüfbareren Zielen, um ein effektives und effizientes Gesundheitsinformationssystem zu erreichen. Wir haben viel investiert und sind national auf dem letzten Platz. Wir müssen im Interesse aller in die Stärkung und in die Anerkennung und Entwicklung des pflegerischen und medizinischen Personals investieren. Die Gesundheitsversorgung auf dem Land und in den Tälern muss mit zusätzlichem Personal gestärkt werden, und jenes der Krankenhäuser muss ohne Abstriche beibehalten werden. Es ist unerlässlich, sofort zu überprüfen, was mit dem Plan zur Stärkung der territorialen Gesundheitsversorgung angesichts der von der Regierung Meloni vorgenommenen Kürzungen der Mittel aus dem PNRR (Aufbau- und Resilienzplan) erreicht werden kann.

Um die Wartelisten besser zu verwalten, ist es unerlässlich, die Angemessenheit der Verschreibungen zu überprüfen, die Daten detailliert zu analysieren und zu untersuchen und die Entscheidungen über die Organisation der Klinik dem Fachwissen des medizinischen, pflegerischen und technischen Personals anzuvertrauen. Zunächst muss nach internen Lösungen gesucht werden: Überstunden, Wochenend- und Abendstunden, Abschaffung unnötiger Leistungen, betriebliche Mobilität der Fachkräfte. Vereinbarungen mit privaten Anbietern müssen auf der Grundlage genauer Daten getroffen werden und den Patienten und Familien die klinischen Standards des öffentlichen Dienstes garantieren. Die Vereinbarungen müssen ständigen Qualitätskontrollen unterliegen und die Einhaltung der klinischen Protokolle muss überwacht werden. Die Gesundheitsdaten müssen für die vereinbarten Leistungen angefordert und in die Gesundheitsdaten der Patienten aufgenommen werden. Der chronische Personalmangel muss unverzüglich durch in Wertsetzung des klinischen Engagements für den Patienten und Anreize behoben werden. Zuallererst muss man dem Personal zuhören und Anzeichen von Unwohlsein und Schwierigkeiten vieler Ärzte und Krankenschwestern ernst nehmen. Die fachliche Kompetenz muss vor dem Grundsatz des Proporz stehen. Für alle Angehörigen der Gesundheitsberufe ohne Zweisprachigkeitsbescheinigung (wie sie derzeit nur für Ärzte vorgesehen ist) sollten befristete Verträge mit einer Laufzeit von mindestens fünf Jahren abgeschlossen werden, die Anreize für das Erlernen der zweiten Landessprache bieten. Die Kenntnis der zweiten Sprache muss als Priorität und Mehrwert betrachtet werden, damit sich der einzelne Patient in einem heiklen Moment, wie es bei einer Krankheit oder einem Krankenhausaufenthalt der Fall sein kann, wohl fühlt. Für Krankenschwestern und Krankenpfleger sollten spezielle Ausbildungskurse eingerichtet werden. Für Sozialassistenten und Krankenpfleger müssen Weiterbildungskurse finanziell anerkannt werden, und es bedarf eines Bildungsweges, der das berufliche Profil schärft. Der Grundsatz des Proporz sollte überdacht werden und nicht dazu dienen, die Ernennung von Chefs und Managern nach eigenem Ermessen zu begünstigen.

Die Informatisierung des Gesundheitswesens ermöglicht die vernetzte Nutzung aller Gesundheitsinformationen, erleichtert die Versorgung, verbessert die Qualität und senkt Zeit und Zahl der Untersuchungen. Nach jahrelangen Investitionen haben Bozen und Meran aufgrund technischer Unzulänglichkeiten kein Recht auf Zugang zu ihren Gesundheitsdaten. Die Patienten in Bruneck und Brixen hingegen haben Zugang zu den Daten, aber die Datenschutzbehörde hat den mangelnden Schutz sensibler Daten angeprangert. Dieses Problem muss dringend gelöst werden.

### ***Dezentrale Medizin und Projekte der integrierten häuslichen Pflege***

Es ist unerlässlich, in die lokale Medizin mit zusätzlichen pflegerischen und medizinischen Ressourcen zu

investieren, ohne dabei Ressourcen aus den Krankenhausabteilungen und -diensten abzuziehen. Die Primärversorgungsdienste auf territorialer Ebene, die die Zugänglichkeit und Verfügbarkeit der in den ambulanten Einrichtungen der Bezirke tätigen Allgemeinmediziner gewährleisten, müssen gestärkt werden. Allgemeinmediziner und Kinderärzte freier Wahl müssen auf Pflegepersonal, Sekretariatspersonal und Verwaltungsassistenten zurückgreifen können. Die Durchimpfungsrate im Kindesalter ist in Südtirol sehr niedrig, daher müssen gezielte und engagierte Informationskampagnen durchgeführt werden. Die Aufnahme von Patienten mit schwerwiegenden chronischen Erkrankungen muss im Rahmen von Projekten der integrierten häuslichen Betreuung erfolgen und die Nutzung verschiedener beruflicher Kompetenzen vorsehen: Pflegepersonal, Rehabilitationspersonal, Sozialdienste (im Hinblick auf die Wiederbelebung der sozial-gesundheitlichen Integration), die sich wirksam und rechtzeitig auf die medizinische Verantwortung der Ärzte im Gebiet beziehen, die ihrerseits über privilegierte Kanäle und Instrumente der Konsultation und klinischen Beratung mit Krankenhausspezialisten verfügen müssen.

### ***Altersheime und Dienstleistungen auf dem Gebiet***

600 Plätze in Pflegeheimen in unserer Provinz sind für Familien, die einen pflegebedürftigen älteren Menschen betreuen, wegen Personalmangels nicht besetzt. Für die Betreuung älterer Menschen gilt die gleiche Logik wie für die Betreuung von Kindern. Diese Aufgabe wird gesellschaftlich den Frauen anvertraut und ist mit einer psychischen und beruflichen Belastung verbunden, die sie oft dazu veranlasst, ihre außerhäusliche Arbeit aufzugeben. Der Druck und die emotionale Belastung, die die Pflege einer älteren Person für die Familien, in erster Linie für die Töchter, und für die Söhne, die angesichts der hohen Lebenserwartung oft selbst schon alt sind, bedeutet, kann von den Institutionen nicht ignoriert werden, und die Frage der unmittelbaren Betreuung der abhängigen Personen muss strukturell angegangen werden.

Im Falle eines Mangels an Sozialbetreuern gilt der Wünsche nach Lockerung der strengen Proporzregeln auch für Altersheime. Die 600 Plätze, die den Familien jetzt nicht zur Verfügung stehen, müssen so schnell wie möglich zugänglich gemacht werden. Eine ständige Überwachung der dringendsten Bedürfnisse ist notwendig, damit den Familien in Südtirol nicht gesagt wird, dass sie ins Trentino oder anderswohin gehen müssen. Der Covid 19 Notstand hat mehrere Schwachstellen in den Einrichtungen für ältere Menschen und im Sozialsystem im Allgemeinen deutlich gemacht.

Dies unterstreicht die Notwendigkeit eines Reformprojekts zur Konsolidierung und Erneuerung des Netzes von Dienstleistungen für ältere Menschen, beginnend mit einer stärkeren Integration von Gesundheits- und Sozialdiensten, insbesondere in Anbetracht der verschiedenen sozialen Veränderungen, die in den letzten Jahren stattgefunden haben: die Alterung der Bevölkerung, kleinere Familien, das Anwachsen von Betreuungsaufgaben, von der insbesondere Frauen betroffen sind, die Zunahme von Ungleichheiten und die wachsende Wohnungsnot.

Auf nationaler Ebene wurde eine Reihe von Verordnungen verabschiedet, die einen Fortschritt für das Netz der Dienstleistungen für ältere und behinderte Menschen darstellen und die zumindest teilweise auf neue Bedürfnisse eingehen. Man denke an den PNRR mit den Punkten 5 und 6, die die Grundlagen für die Reform der territorialen Gesundheits- und Sozialdienste legen, was auch für unsere Provinz gelten kann; an die Richtlinien zur Telemedizin und zur häuslichen Pflege, die es ermöglichen, professionelle Dienstleistungen auch aus der Ferne zu erbringen; an die Rolle der Sozial- und Gesundheitsberufe, die ebenfalls durch Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen aufgewertet werden müssen, um den derzeitigen Mangel zu überwinden, der ein großes Problem für die Entwicklung der Dienstleistungen darstellt: wichtige Signale, die aufgegriffen und natürlich dank unserer Gesetzgebungskompetenz weiterentwickelt werden müssen.

Wir halten es für wichtig, den Schwerpunkt auf die Bedeutung der Prävention zu legen. Es ist nicht nur

notwendig, etablierte chronische Krankheiten zu behandeln, sondern auch Strategien zu deren Vorbeugung umzusetzen, indem in die Initiativmedizin investiert wird.

Das in der letzten Legislaturperiode auf nationaler Ebene eingeführte Konzept des Gemeinschaftshauses (Casa di Comunità) muss auch auf Landesebene als privilegierter Ort für die soziale und gesundheitliche Integration in Betracht gezogen werden, als Ort, an dem Fachleute zusammenarbeiten, um eine umfassende und leicht zugängliche Antwort für chronisch Kranke und ihre Familien zu geben. In diesem Zusammenhang muss auch die wertvolle Rolle der Apotheken aufgewertet werden.

Es besteht außerdem Bedarf an einer allgemeineren Vision neuer Wohnformen für ältere Menschen, um ein Wohnen zu gewährleisten, das ihren spezifischen Bedürfnissen entspricht und das Bedürfnis respektiert, so weit wie möglich in der eigenen Wohnung zu leben, sicher und unabhängig. Wenn ein Verbleib in der eigenen Wohnung nicht möglich ist, sollten Erfahrungen mit Sozialwohnungen, betreuten Wohnungen, die in die Dienstleistungskette eingebunden sind, mit solidarischen Eigentumswohnungen und sogar mit dem Verkauf oder der Vermietung der eigenen Immobilie gefördert werden. Wir wissen, dass sich ältere Menschen stark dagegen sträuben, ihre Wohnung zu verlassen, um in einem anderen Umfeld zu leben und die damit verbundenen Dienstleistungen in Anspruch zu nehmen. Daher wird es notwendig sein, sich mit dieser Frage eingehend zu befassen und auch darüber nachzudenken, wie diese Lösungen gefördert werden können.

## **DIE UMWELT EINE PRIORITÄT**

### **In der Wirtschaft, im Verkehr und bei jeder Tätigkeit**

Die Demokratische Partei Südtirols erkennt die Ursachen und Auswirkungen des Klimawandels an und ist der Meinung, dass diese Herausforderung eine Chance für kollektives Wachstum sein muss. Nur mit einer verantwortungsvollen, raschen, konkreten und – wo nötig – radikalen Politik, die in eine Gesamtvision der nachhaltigen Entwicklung unseres Landes eingebettet ist, können wir aktiv dazu beitragen, die Ursachen des durch menschliche Aktivitäten verursachten Klimawandels zu entschärfen und die schädlichen Auswirkungen, die sich auch in unserem Land mit aller Kraft zeigen, zu mildern.

Auf europäischer und nationaler Ebene erleben wir eine besorgniserregende Verschmelzung rechtsgerichteter Bewegungen, die leugnen, was Wissenschaftler und unsere unmittelbare Erfahrung inzwischen verstanden haben. Es wird jedoch notwendig sein, die Notwendigkeit des Umweltschutzes mit jener des sozialen Zusammenhalts zu verbinden und eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung zu fördern, die auf Kreislaufwirtschaft und Wiederverwendung von Ressourcen ausgerichtet sind. Wir müssen uns auf die Aufrechterhaltung eines positiven Gleichgewichts zwischen wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Zielen konzentrieren, um die Umwelt zu schützen und die biologische Vielfalt zu erhalten.

Der Übergang zu sauberen und erneuerbaren Energiequellen ist der Schlüssel zur Verringerung der Treibhausgasemissionen und zu unserem Beitrag zur Eindämmung des Klimawandels. Unsere Fähigkeit, erneuerbare Energien wie die Sonne, die Erdwärme, Wasser, Biogas und Biomasse zu nutzen, ist entscheidend für die Verringerung der Umweltauswirkungen menschlicher Aktivitäten. In diesem Zusammenhang muss eine Politik verfolgt werden, die für neue Lösungen offen ist, sofern die Wissenschaft sie entwickelt.

Vor diesem Hintergrund wird eine Reihe von zweckdienlichen Maßnahmen vorgeschlagen:

Es ist notwendig, die Subventionen für Bürger, Haushalte und Unternehmen zu erhöhen, um die Einführung emissionsarmer Technologien, die Elektrifizierung des Verkehrs und die Umstellung auf erneuerbare Energiequellen wie Sonne, Wind, Wasser, Biogas und Biomasse zu fördern. Außerdem müssen geeignete Instrumente zur Verfügung stehen, um die Fortschritte zu überwachen und bei Bedarf rechtzeitig einzugreifen. Es wäre sinnvoll, auf Landesebene eine Abteilung einzurichten, welche die in verschiedenen Ämtern vorhandenen Kompetenzen bündelt und für die Kontrolle der Energie- und Emissionsbilanz auf Landesebene sowie der Resultate der subventionierten Projekte im Bereich Nachhaltigkeit und Energiewende zuständig ist. Dies gilt auch für die Förderung von Sensibilisierungs- und Informationskampagnen zur Unterstützung der Gemeinden und Bürger:innen, um zeitnah beurteilen zu können, welche Technologien in welchem Kontext eingesetzt werden sollten, und um generell einen informierten und koordinierten Ansatz in Bezug auf Klima-, Energie- und Umweltfragen zu fördern. Weiters sollten bestehende „best practice“ Projekte auf internationaler und nationaler Ebene überwacht und die Zusammenarbeit mit Agenturen und Institutionen gesucht werden, um globale Umweltherausforderungen wie den Klimawandel anzugehen, und sich aktiv an internationalen Vereinbarungen zum Schutz der Umwelt zu beteiligen. Es müssen Maßnahmen ergriffen werden, um die Qualität und Verfügbarkeit der Wasserressourcen zu erhalten, z. B. durch die Förderung nachhaltiger Bewirtschaftungsmethoden: In unserem Land bedeutet dies auch, Orte und Traditionen einer Berggemeinschaft zu respektieren, Anrecht auf Pflege ihrer Traditionen hat. Es müssen zusätzliche Schutzgebiete zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume geschaffen werden. Die nachhaltige Landwirtschaft muss in enger Zusammenarbeit mit den Landwirten gefördert werden, um jene zu unterstützen, die nachhaltige Anbaumethoden anwenden, wie z. B. den ökologischen Landbau oder den verantwortungsvollen Einsatz von Pestiziden, sowie neue ökologische Anbaugelände anlegen. Die nachhaltige Bewirtschaftung und Inwertstellung der Waldressourcen sollte

gefördert werden, um die schleichende Entwaldung zu verhindern, den Lebensraum der betroffenen Ökosysteme zu erhalten und eine langfristige Versorgung mit lokaler Biomasse zu gewährleisten, wobei Importe aus Drittländern nach Möglichkeit vermieden werden sollten. Wir müssen einen nachhaltigen Umgang mit natürlichen Ressourcen gewährleisten und Aktivitäten vermeiden, die das hydrogeologische Gleichgewicht angreifen. Wir müssen Sorge dafür tragen, unsere Ökosysteme im Gleichgewicht mit den menschlichen Aktivitäten zu erhalten. Falls erwiesenermaßen notwendig sind wir für die selektive Kontrolle von Wildtieren, die Konflikte mit diesen und mit den Ökosystemen selbst verursachen, einschließlich Bären und Wölfen.

Im Bereich der Mobilität müssen Maßnahmen ergriffen werden, die darauf abzielen, die Zahl der Privatfahrzeuge in einem nachhaltigen und verträglichen Zeitrahmen und auf eine vernünftige Art und Weise deutlich zu reduzieren, wobei die technologische Entwicklung, die sich auf den Mobilitätssektor auswirkt, mit klaren politischen Entscheidungen einherzugehen hat. Die Nutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln, Fahrrädern und Elektrofahrzeugen (auch in Form von Carsharing), für die eine angemessene Ladeinfrastruktur geschaffen werden muss, sollte weiter gefördert werden. Die Möglichkeit, aus der Ferne zu arbeiten und Sitzungen über elektronische Kommunikationsmittel abzuhalten, kann einen wichtigen Beitrag zur Verringerung unnötiger Reisen leisten.

Zumindest mittelfristig müssen wir auch Antworten auf den Individualverkehr geben. Während in vielen anderen, auch kleineren Städten des Landes Bauvorhaben verwirklicht wurden, die den Ortsverkehr entlastet haben, brauchen die Landeshauptstadt und ihre Umgebung dringend Infrastruktur. Ein System von Umfahungsstraßen in Bozen ist die einzige mittelfristige Lösung, um das innerstädtische Straßennetz vom Autoverkehr zu befreien, den Verkehr aus der Stadt zu leiten und ein effizientes öffentliches Verkehrssystem, auch in die Nachbargemeinden, zu ermöglichen. Der Bau der Tunnelvariante des Abschnitts der SS12 durch Bozen ist aus zwei Gründen von zentraler Bedeutung. Zum einen ist er die unverzichtbare Verbindung zum Bahnareal, das sich zum größten intermodalen Zentrum der Provinz entwickeln wird: Aus diesem Grund müssen die beiden Arbeiten gleichzeitig durchgeführt werden. Andererseits ist der Tunnel unabdingbar, um den Verkehr zwischen der Hauptstadt und Leifers zu verflüssigen: Er würde das ursprünglich zwischen Bozen und dem Unterland geplante Projekt vervollständigen, das von der derzeitigen Regierungsmehrheit in die Schublade verdammt wurde. Schließlich sollte eine Kontingentierung von Lastwagen auf der Autobahn mittels dynamischer Sperrung in Betracht gezogen werden, um immer wiederkehrende kritische Situationen zu vermeiden.

Unsere Forschungszentren sollten weiter gestärkt werden, indem entschlossen in die Entwicklung grüner und nachhaltiger Technologien investiert und Innovationen in Bereichen wie Energie, Verkehr und Recycling gefördert werden. Sensibilisierungskampagnen und die Aufklärung der Bevölkerung über nachhaltige Praktiken sollten stärker gefördert werden, um eine Änderung des Verhaltens gegenüber der Umwelt zu erreichen.

Während auf nationaler Ebene noch auf die entsprechenden Gesetzesdekrete gewartet wird, muss die Einrichtung von nachhaltigen Energiegemeinschaften auf Landesebene unterstützt werden, um die Bürger:innen in die Energiewende einzubeziehen und die Auswirkungen der Energierechnungen auf die Haushalte zu verringern. Im gleichen Zusammenhang müssen Unternehmen, die sich mit der Entwicklung intelligenter Netze befassen, die eine effizientere Verwaltung der Energieressourcen, eine bessere Integration der erneuerbaren Energien und eine stärkere Interaktion zwischen Nutzern und Energieversorgern ermöglichen, mit gezielten Investitionen unterstützt werden. Ein weiteres, zunehmend aktuelles Thema ist die wachsende Bedeutung von Tourismusplattformen und Kurzzeitvermietungen. Um eine gezielte Steuerung des Sektors zu gewährleisten, muss ein neues Landesgesetz zur Regelung des Sektors gefördert werden.

## **JA ZUM TOURISMUS, NEIN ZUM ÜBERTOURISMUS**

### **Die Verfügbarkeit der natürlichen Ressourcen respektieren**

Der Tourismus ist im Laufe der Jahre zu einem wertvollen Motor unserer Landeswirtschaft geworden, aber heute zeigen sich alle Symptome der Krankheit "Übertourismus". Wohlstand für alle ist zum Privileg für wenige geworden, und zwar für diejenigen, die es sich leisten können, in ein Gebiet mit so hohen Preisen zu kommen. Die Einwohner haben mit dem Verkehr, den steigenden Lebenshaltungskosten und Immobilienpreisen und der höchsten Inflation in Italien zu kämpfen.

Für Hotels müssen Tarife mit "Kostenwahrheit"-Korrekturkoeffizienten angewandt werden (z.B. Wasseraufbereitung, die eine Gemeinschaft durch die Wellness-Explosion zwingt, sich mit immer größeren Kläranlagen auszustatten). Direkte und indirekte Subventionen, mit denen bisher 80 Prozent der Kosten für die 150 Beschneiungsanlagen zugunsten der Skilifte finanziert wurden (z.B. 11,3 Mio. Euro für die Seilbahn Tires), müssen gekürzt werden.

Ein Moratorium für den Ausbau von Skianlagen und die Verpflichtung zur Nutzung erneuerbarer Energien für neue Wellnessanlagen sollten ebenfalls gefördert werden. Bestehende Anlagen sollten möglichst bis 2035 an den Stand der Technik angepasst werden. Schließlich sollte für jede touristische Einrichtung eine 20-jährige Planungspflicht in Abhängigkeit von der Entwicklung der Schnee- und Wasserverfügbarkeit eingeführt werden.

Phänomene, die mit dem Schutz des alpinen Ökosystems nicht vereinbar sind (Heli Ski, Hochgebirgsrestaurants usw.), müssen stark eingeschränkt werden. Die Maßnahmen zur Begrenzung des motorisierten Zugangs zum Hochgebirge müssen mit Ausgewogenheit und Entschlossenheit verfolgt werden. Es bedarf einer kulturellen Anstrengung, um eine Dimension des Bergvergnügens mit der Notwendigkeit, ein sehr empfindliches Ökosystem zu bewahren, wiederherzustellen: Wir müssen ein Abdriften vermeiden, das die Gefahr birgt, das Wertvollste, was wir in unserem Land haben, in einen Lunapark zu verwandeln.

---

„Die Erde hat genügend Ressourcen für die Bedürfnisse aller, aber nicht für die Gier aller“ Mahatma Gandhi